

Der Sozialist.

Organ der unabhängigen Sozialisten.

Redaktion und Expedition: Alte Jakobstraße 91, Hof 3 Treppen.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal
Abonnementspreis: Monatlich 10 Pf. Vierteljährlich durch die Post bezogen 1 Ml. 20 Pf. ohne Beifüllzettel, direkt per Kreuzband 1 Ml. 60 Pf. — Einzel-Nummer 10 Pf.
Insertionspreis pro zugeschaltete Seite 10 Pf.

Nr. 1.

Sonntag, den 15. November 1891.

1. Jahrgang.

Inhalt: Abonnements-Einladung. — Unser Zweck. — Gegen den Staatssozialismus. — Vom Stumpf der Parteileitung gegen die Opposition. — Nach dem Parteitag. — Depeche oder Postkarte. — Zur Bewegung. — Zur Abwehr. — Abrechnung. — Inserate.

Abonnements-Einladung.

„Der Sozialist“ tritt mit heutiger Nummer zum ersten Male an die Öffentlichkeit. Er wendet sich in erster Linie an die unabhängigen denkenden Sozialisten und an alle Dilettanten, denen eine Klärung der sozialistischen Prinzipien am Herzen liegt.

„Der Sozialist“ erscheint am Sonnabend jeder Woche zum Preise von 10 Pf. pro Monat; für Monat November 20 Pf. Bei Bezug durch die Post beträgt der vierteljährige Abonnementspreis 1 Ml. 20 Pf.; direkt per Kreuzband 1 Ml. 60 Pf. Die Einzel-Nummer kostet 10 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Kolporteurs und Zeitungs-Austräger entgegen.

Wir bitten Gleichgesinnte, sich die Verbreitung des „Sozialist“ angelegen sein zu lassen und Probennummern nach Bedarf von uns zu verlangen.

Die Expedition des „Sozialist“.

Berlin S., Alte Jakobstr. 91, Hof III.

Unser Zweck.

Wer die Vorgänge der letzten Zeit aufmerksam beobachtete, den wird unser Erscheinen nicht überraschen.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei machte sich bereits während der letzten Tage des „Reichstags“ eine tiefgehende Gähnung geltend. Die Partei ist in dieser drängenden Stunde damals zu einer Sichtung, wichen innerer Korruption riefen, in manchem Genossen das Gefühl des Unbehagens und der Misstimung wach. Die Reichstagsfraktion entfernte sich immer mehr vom rein proletarischen Boden; sie begann im Lager des Kleinbürgertums unterzutauchen. An diese Endziele des Sozialismus lehrte sie sich möglichst wenig. Mehrmehr suchte sie im Possibilismus das Heil der Arbeiterklasse. Statt auf dem Boden des Klassenkampfes zu verharren, schickte sie sich an, die Gesetzestaferei im Großen zu betreiben. Nicht die prinzipielle Propaganda, sondern das Parlament wurde ihr Ideal; nicht der revolutionären Bewegung, sondern der Sozialreform widmete man seine Kräfte. Zu alledem kam noch die Diktatur der Parteileitung, die jedes selbständige Denken der Genossen erstickte. Wie ein eiserner Druck lastete die herangetriebene Zentralisation auf der freien Bewegung des Proletariats.

Schon damals ließen sich einzelne Stimmen vernehmen, welche vor dem Weiterstreiten auf dem eingeschlagenen Wege warnten. Sie übten an den Münzständen rückhaltlose Kritik und machten auf das Verhängnisvolle der neuen Taktik aufmerksam. So erfüllten sie ihre Pflicht als Genossen. Aber der Geist der Diktatur war noch zu mächtig; die eiserne Zentralisation hielt die Massen noch zu sehr geheftet — die den Arbeitern eingebrachte Disziplin erstickte die Naturfreude für Hochverrat an der Partei! Man verkündete: „Disziplin geht über das Prinzip!“ und die Menge nickte dazu mit dem Kopfe. Die Kritiker wurden der Verächtlichmachung sozialdemokratischer Staatseinrichtungen für schuldig befunden — man stempelte sie nach alter Manier zu Polizeispiegeln und räudigen Schafen. Die selbst von der bürgerlichen Gesellschaft zugelassene Vertheidigung wurde in diesem Falle dadurch verhindert, daß man die Angeklagten einfach niederschrie. Noch niemals hat sich die brutale Majoritätsherrschaft so verderblich gehauert, als gerade damals. Und noch nie zeigte sich die Macht geschickter Demagogen deutlicher! So wurde die erste Regierung der Opposition in Dresden, Magdeburg und Berlin niedergeworfen.

Der Parteitag zu Halle hieß all diese Maßregeln gut. Die Opposition hatte man bis auf einen Genossen von vornherein von jenem Kongresse fernzuhalten geworfen. Auf dem

selben wurde die Zentralisation womöglich noch enger geschnitten, die Diktatur noch erweitert. Im Parteivorstand schuf man eine Behörde, deren Macht und Einfluss Inzwischen klar geworden ist. Die Parteorganisation hat sich als Helfer für jede selbständige Bewegung, für jeden freien Meinungsaustausch erwiesen; sie macht ihre Mitglieder zu willenlosen Werkzeugen einer von der Diktatur approbierten Disziplin. Und wer sich nicht unterordnet, der steigt elend hinunter — wie es nach bestehenden Mustern heißt.

Auch sonst ist alles so gekommen, wie es die Opposition bei ihrem ersten Auftreten erwartet. Die Partei befindet sich im schönsten Possibilismus. Ihre leidende Reichstagstätigkeit hat dies auf das bestimmteste gelebt. Man diente doch nur an die Verhüllungen des Arbeiterschutzes! Es war ein Jammer, wie sich riegen ließen, die das Proletariat zu vertreten vorgaben — beständig für eine Arbeiterpartei! Wenn es noch eines Beweises für den kleinbürgerlichen Charakter der heutigen Sozialdemokratie bedurfte: die parlamentarische Vertretung selbst hat ihn in dieser Periode hundertfach erbracht!

Es war daher nur natürlich, daß sich die Opposition immer lebhafter setzte und machte. Und ebenso erklärlich war es, daß die Zusammenstöße mit der Parteidiktatur gerade zu jener Zeit am heftigsten erfolgten, als der internationale Arbeiterkongress zu Brüssel beschlossen werden sollte. Allen ehrlichen Gewissen mußte daran liegen, die sozialistischen Prinzipien auf dem Kongreß zu vertreten und unverfälscht vertreten zu sehen. Sie vermochten jedoch nicht zu hindern, daß auch hier die kleinbürgerliche Vertretungen triumphierten. Aber der Stein war nun unaufhaltsam in's Rollen gebracht. Der Stumpf wurde immer erregter. Man suchte die Opposition niederzuschlagen; man verwarf sie, so viel man konnte; man erklärte sie für Polizeimache — surz: man bot alle Mittel auf, um die Minderheit zu unterdrücken. Und dabei hatten die Parteihauptlinge und ihre Creatures die Stein, zu erklären: das Recht der Kritik und der freien Meinungsausübung sei nicht gefährdet!

Was vorher bereits feststand, geschah auf dem Erfurter Parteitag: man forderte den Ausschluß der Opposition — natürlich immer im Interesse der freien Meinungsausübung! Man verbreitete unter den Delegierten eine Anklageschrift gegen die Hochverräther, die nach allen Regeln staatsanwaltschaftlicher Verdrehungskunst abgefäßt war. Die Angeklagten zogen es jedoch vor, selbst ihren Austritt zu erklären. Das hinderte den Parteitag aber keineswegs, sie dauerher noch immer feierlich anzusichtlichen — auf Betreiben derselben Herren, die einsam selbst das Recht der Revolution für sich in Anspruch genommen! Jetzt möchte man natürlich die Bedeutung des Vorganges abschwärchen. Die Gewaltigen des Parteivorstandes behaupten, der Ausschluß richte sich nur gegen die Personen Werner und Wildberger — nicht gegen die Opposition. Es muß weit gelogen sein, wenn man die Genossen durch solche Spiegelschterei zu idiosynkratischen Wirkungen zu verhören sucht. Wer den Verhandlungen des Parteitages gefolgt ist, weiß, daß tatsächlich die Opposition als solche ausgeschlossen wurde; das Votum richtet sich wider die abweichende Meinung — mögen auch noch so viele Parteibürocrat das Gegenteil glaubig nachhören! Man stempelte Kritik und Ansichten der Opposition zu Beleidigungen, um mit staatlich-schulischer Logik sagen zu können: die Opposition wurde wegen Beleidigung der Partei ausgeschlossen. Und daß es wirklich die abweichende Meinung war, welche man ansprach, das hat Herr Singer in einem unbedachten Augenblick selbst verraten. Er sagte im vierten Berliner Wahlkreis gelegentlich der Berichtserstattung über den Erfurter Parteitag: „Seien wir froh, daß wir die Kämpfer in der bisherigen Taktik losgeworden sind.“

Nachdem nun die Opposition außerhalb der Parteorganisation steht, muß sie die Propaganda für die Ideen des Sozialismus auf eigene Hand betreiben. Sie wird selbstständig und unabhängig operieren. In Berlin hat sich die Opposition bereits zu einem Verein unabhängiger Sozialisten zusammengeschlossen, und gleiche Vereinigungen werden in anderen Industriezentren entstehen. Überall beginnt man einzusehen, daß es unmöglich ist, im engen Rahmen der sozialdemokratischen Organisation noch weiter erfolgreich für die Befreiung des Proletariats zu wirken. Mit diesem Zusammenschluß aller unabhängigen denkenden Sozialisten ist es aber nicht allein getan. Um die Prin-

zipien des Sozialismus verteidigen, den kleinbürgerlich-possibilistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenzuhalten und alle Angriffe abwehren zu können — dazu bedarf es in erster Linie des bewährtesten Kampfmittels: der Presse. Die Partepresse hat sich unschuld erwiesen, alle Meinungen der Genossen zum Ausdruck zu bringen. Sie folgt ihrer Haltung nur der parteidictatorischen Marchroute und mag es nicht, Andersdenkende Raum zu gewähren. Und sie muß derartig schablonenhaft werden, weil über ihr die Zensur des Parteivorstandes schwebt. Das Recht der sozialdemokratischen Reichsregierung, die Haltung der Presse zu kontrollieren — dieses Recht führt zur Ausbeutung des freien Wortes, raubt der Presse Lust und Sicht, sodass hier eine Verkürzung notwendig eintreten muß. Es ist also unmöglich, unsere Anschaungen im Rahmen der Partepresse zur Welt zu bringen, und daher macht sich für die unabhängigen Sozialisten et cetera Organ unabhängig. Wir werden unsere Aufgabe zu erfüllen suchen, indem wir uns der Haupfsache nach von folgenden Grundsätzen leiten lassen.

Unter Ziel ist die wirtschaftliche und damit die soziale Befreiung der Arbeiterklasse. Wir bekämpfen Herrschaft und Reichtum in jeder Form, die materielle, wie die geistige. Dies wird möglich durch die Aushebung des bürgerlichen Privatenthusiasmus, insbesondere durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel. An Stelle des heutigen Sozial- und Wirtschaftszustandes tritt das gemeinsame Eigentum, die gemeinsame Produktion und die gemeinsame Konsumtion — wie dies schon aus der Tendenz der geschichtlichen Entwicklung hervorgeht.

Dieses Ziel allein hat für eine streng sozialistische Bewegung als Grundlage zu dienen. Aufgabe der Agitation ist es, das Proletariat dafür vorzubereiten, es zu organisieren für die Befreiung. Es ist klar, daß die Bewegung durch und durch revolutionär sein muß, da eine freiwillige Abdankung der Bourgeoisie unmöglich erwartet werden kann.

Wir verwirren alle Kompromisse mit den herrschenden Klassen und jedes Einigungsversuch seitens der Arbeiter. Unterhandlungen mit der Bourgeoisie entsprechen einer proletarisch-revolutionären Bewegung nicht. Darum bleibt wir Gegner der gesetzgeberisch-parlamentarischen Thätigkeit; die Erfahrung hat gelehrt, daß dieselbe unabwendbar zur Korruption und zum Possibilismus führt. Man muß festhalten, daß das Parlament eine Institution ist, durch welche die Bourgeoisie ihre Herrschaft über das Proletariat ausübt. Hier etwas für die Arbeiter ertragen oder ertragen zu wollen, ist daher einfach unmöglich. Je weiter sich die bürgerliche Gesellschaft entwickelt, desto kläffender werden die Klassengegärde zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Der Boden für die Unterhandlungen mit der Bourgeoisie schwundet immer mehr und immer heftiger muß der Klassenkampf entbrennen. So wird das Proletariat in steigendem Maße gezwungen, der herrschenden Klasse gegenüber eine rein abwehrende Taktik einzuschlagen; die positive Mitarbeit an der Gesetzgebung wird mehr denn je zur Unmöglichkeit. Und wenn das Proletariat einst in die Lage kommt, eine parlamentarische Mehrheit bilden zu können, so wird es darauf verzichten, weil es dann sein Ziel auf einem weit kürzeren Wege zu erreichen vermag.

Das erscheint der gemeinschaftlich-sozialistische Klassenkampf als die zermächtigste Form, unter welcher der Arbeiter heute der Bourgeoisie gegenübertritt kann. Er hält zugleich die Massen in Fink, fördert die Organisation und die Propaganda, stärkt das Solidaritätsgefühl und bekleinigt den Konzentrationsgeist des Kapitals, indem er namentlich den Kleinbetrieb vernichtet.

Die Befreiung des Kleinbürger- und Kleinbauerniums halten wir für eine der Vorbedingungen des Sozialismus. Die wirtschaftliche Entwicklung räumt bereits damit auf, und wir werden den Untergang dieser Elemente nur zu bejubeln suchen. Das ist eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen uns und der offiziellen Sozialdemokratie.

Innerhalb der proletarischen Bewegung selbst werden wir jede zwangsläufige Zentralisation bekämpfen, weil durch diese Organisationsform die Radikalbegülfte sich in den Händen einzelner klüfen und somit stets die Gefahr der Diktatur droht. Der selbständigen Bewegung einzelner Glieder muß das zentralistische Prinzip auf jeden Fall ver-

serblich werden. Gutheiken können wir nur diejenige Zentralisation des Proletariats, die sich umgezwungen, gewissermaßen von selbst aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt und im Solidaritätsgefühl der Arbeiter ihren Ausdruck findet.

Auf die Entwicklung des eigenen Denkens und Urtheilens der Arbeiter legen wir großen Wert. Nur so kann die Autoritätenherrschaft unterdrückt werden. Und auch das Befreiungswerk des Proletariats erfordert selbständige Charaktere, kräftig herausgebildete Individualitäten, die sich ihres Handelns, wie ihres Wollens durchaus bewusst sind und nicht die Rolle von Automaten spielen. Wir erstreben den freien Austausch der Ansichten, die weitestgehende Diskussion. Auch in diesem Blatte werden wir jede Meinung unbedenklich zum Worte kommen lassen und keinerlei Parteilichkeit üben. Einzig so kann eine Klärung erfolgen und das selbständige Urtheil sich entwickeln.

In späteren Artikeln werden wir vorstehende Grundsätze näher begründen. Wer mit ihnen einverstanden ist oder wenn die verknüpfte Parteidisziplin für die große Freiheitsbewegung des Proletariats zu eng erscheint, den heißen wir willkommen in den Reihen der unabhängigen Sozialisten. Er kämpfe mit uns außerhalb der Organisation für die Befreiung der modernen Gesellschaft!

Gegen den Staatssozialismus!

Unter einem allgemeinen Hurrahschrei nahm der Erfurter Parteitag, das von Kautsky ausgearbeitete Programm an. So groß war die Einigkeit der Parteigenossen über dieses theoretisch höchst komplizierte Machwerk, daß man dasselbe ohne jede Diskussion einfach annehmen konnte. Und so bewiesen denn zweihundert und einige Dutzend Hände, daß die Sozialdemokratie auf der Höhe der Wissenschaft steht. Und wer es nicht glaubt, der ziehe noch einmal die Hände. Leider sprangen die Genossen bei ihrem Sturzlauf aus die Höhen der Wissenschaft auch mit Leichtigkeit über so wichtige Punkte hinweg, wie es die Frage des Staatssozialismus ist. Der Staatssozialismus hat doch führwahr schon Unzulänglichkeit in unseren Reihen angerichtet, daß man doch wirklich nicht so leichten Herzens über ihn zur Tagesordnung übergehen sollte. Seit Vassalle haben sich die nationalgesinnten Sozialdemokraten nach Kräften bemüht, dem guten Staat die Gensdarmuniform auszuziehen und ihn in das leichte Gewand eines allbeglückenden Friedenstengels zu hüllen. Vergebliche Mühe, das Schwert an seiner Linke vertrieben braven Gensdarmen immer wieder. Und vergessen werden alle jene schönen Dichtungen bleiben, — denn anders kann man sie kaum bezeichnen — welche dem Staat die hohe Mission beilegten, daß Proletariat aus den Banden des Lohnsystems zu befreien. Iwar hat der Staat oft genug diese schöne Poetie durch die Prosa des Polizeiknüppels vernichtet. — da? — Sozialistengesetz aber immer und immer wieder rante sie empor. Und so sprang demnächst wieder einmal in Erfurt ein nettes staatssozialistisches Blattchen auf, nämlich der wunderbare Gedanke an eine Verstaatlichung des Betriebslebens.

Es ist ganz merkwürdig, daß nicht einer der Erfurter Gelehrte, belehrt durch die Erfahrungen der letzten Tage, bestimmt verlangte, daß in die Gesetzesfatu der Tag des ursprünglichen Programmenvorwes aufgenommen würde, der so energisch gegen den Staatssozialismus Front mache. — Ist denn wirklich der Staatssozialismus den Parteigenossen schon in Fleisch und Blut übergegangen? Falt müßte man es glauben, wenn man die vielen Kundgebungen der letzten Jahre zu Gunsten derselben verfolgt hat. Selbst der sozialistisch verdiente Genosse Liebknecht verirrte sich schon einige Mal in die Irrgänge des Staatssozialismus. In der Reichstagssitzung vom 5. November 1889 nannte er die Sozialdemokraten eine eminent staatsbildende Partei. Die Sozialdemokraten und der Sozialismus, so sagte er weiter, allein sind im Stande, den heutigen Staat mit Lebenskraft und gesundem Lebensblut zu erfüllen. — So, so! Füllt man auch jungen Most in alte Schläuche? Darf man einem blauäugigen Weinen ungekrönt rohes Blut einprämen? Und weiter läßt sich Liebknecht hören: Der Staat ist blos eine Form der Gesellschaft; um die Gestaltung des Staates handelt es sich jetzt; es handelt sich nach unserer Auffassung darum, den Staat zu sozialisieren, der heute anarchisch ist. Sie alle vertheidigen den anarchistischen Staat. Man nennt das Wort Napoleons: Europa wird kriatisch oder republikanisch werden. Der Gegensatz in fachlich, ist anarchistisch, zwischen dem republikanisch und sozialistisch liegt viel dazwischen. Die Zeit ist da, wo der andere Gegensatz in X. gr. kommt, und es sich entscheiden muß, ob die Welt anarchistisch oder sozialistisch sein soll. Wir sind die Sozialisten, die den Staat retten wollen, indem wir ihn umgestalten, und Sie, welche die heutige anarchistische Gesellschaft erhalten wollen, Sie fürzter: den heutigen Staat mit der Taktik, welche Sie befolgen, in das Verderben.

Das ist für den ordnungsliebenden Sozialisten wirklich gar zu fürchterlich, daß die Gegner den guten Staat durch ihre Taktik stürzen werden! Hohe Zeit ist es daher für den allzeit getreuen Führer der sozialdemokratischen Partei, für Liebknecht, daß er seine Stimme gegen eine derartige Freudenthat der Gegner erhebt und seine Männer zur Staatsförderung auffordert.

An anderer Stelle sagt Liebknecht: Sie haben die staatsbildende, die staatsgründende Kraft des Sozialismus nicht verstanden! Der heutige Staat kann sich nur dadurch verzüglich, daß er den Sozialismus auf dem Wege der Gesetzgebung einführt. — Die Sozialdemokratie ist gerade die Partei, auf welche der Staat, wenn Staatsmänner sie der Regierung wären, in erster Linie sich stützen müßte &c. &c.

Nun sage noch einer, daß Liebknecht alt geworden sei, daß er noch eine so jugendliche Auffassung über das Wesen des Staates hat, um die wir Jungen, wir Träger der altherühmten Stichododen, ihn tatsächlich beneiden! Am übrigen wüsste wohl die Worte in ihrer ganzen frischen, jugendlichen Ursprünglichkeit so, daß wir uns alter Zeitlage enthalten könnten.“) — Nicht der Staatssozialismus schon eine derartige Verwirrung in den Köpfen unserer besten Genossen an, welche heillos chaotische Durcheinander mach er dann erst in den Häuptern der weniger geistvollen Sozialisten bewirkt. Und so sind wir denn leicht im Stande, überall in der Presse und in den Reden unserer Führer die blitzhundende Kraft des Sozialismus zu bewundern. Hier nur zwei Beispiele für unsere Behauptung. Das Norddeutsche Volksblatt, dessen eifrigster Mitarbeiter der Frohne war, brachte am 24. August 1888 einen sehr interessanten Artikel unter dem Titel: Ein Nibelungenstag der nächsten Zukunft.

Der Verfasser des Artikels stellt zunächst ein Niedenexempel über die in die Alters- und Invalidenfassen steckenden Geldsummen auf. Uns interessiert dieselbe nicht weiter. Das eingezahlte Geld will der Verfasser dann zwingend in sicherer Hypotheken angelegt wissen. Und wie wird diese Niedensumme verwendet werden? so fährt er dann fort: „Wie wird sie wissen? Sie wird natürlich das Reich zum weltanschaulichen Hypothekenglaubiger Deutschland machen, wird durch Heimzahung zahlreicher, heutzutage in Hypotheken angelegter Kapitalien zunächst eine sanfte, langsam und still verlaufende Gründer-Katastrophe vorrufen und dann dauernd als steis sich nehmender „Reservefond“ der Alters- und Invaliden-Versorgung ein Machtmittel für die jeweilige Regierung darstellen, von dessen Großartigkeit wir heutzutage noch gar keine Ahnung haben.“

So, so, das scheint besonders tödlich für uns Sozialisten zu sein, wenn die jeweilige Regierung über möglichst große Machtmittel verfügt. Für die Stabilisierung des Reiches ist es bezeichnend, daß ihn seine letzten Gedanken nicht selbst auf die gefährlichen Konsequenzen des Staatssozialismus aufmerksam gemacht haben. Noch weiter im Text:

Aus dem Bildungsbuch, dem Grundbegriff gegenüber, wird mit Naturnothwendigkeit zuletzt Eigentum, Reichseigentum, hervorgehen. Die faktische Verdrängung des Privateigentums von den großen Gütern durch das Reichseigentum, das ist die nochwendigste Folge — natürlich nie dann, wenn auf der Bahn, welche der Entwurf andeutet, mit Konsequenz fortgeschritten wird. Das Reich, als selbstbestellter und zwangswisser Mandatar der deutschen Arbeiterschaft lauft mit dem, was die Arbeiterschaft von ihrem Lohne herzugeben verpflichtet wird, im Weinetatzen des großen Grundbesitzvorsitzes zusammen. In weissen Gunsten? Wie darf man zweifeln. Doch natürlich zu dessen Gunsten, der das Geld dazu hergeben muß, zu Gunsten des deutschen Volkes.“

Ob man das eine „Sozialreform“ nennen soll, wollen wir nicht entscheiden. Um eine Sozial-Umwälzung handelt es sich dabei unbestreitbar — ob mit oder ohne Wirkung derer, die diesen Entwurf ausgearbeitet haben, wissen wir nicht, und ist auch im Grunde eine Frage zweiten Ranges.

Den kapitalistischen Staat stelle man sich einmal als „zwangswiseen Mandatar der deutschen Arbeiterschaft“ vor, und man wird unwillkürlich bedauern müssen, daß die Idee des Verfassers noch nicht in den „liegenden Plänen“ bildlich zum Ausdruck gelommen ist. Den selben Staatssozialistischen Geist erhält nötigens ein anderer späterer Artikel des Norddeutschen Volksblattes vom 3. Januar 1890. Es ist überschrieben: „Das Absterben des Liberalismus“. Der Gedankengang ist kurz folgender. Mehr und mehr beherrschten zwei Erbmonarchen die politische Welt; eine rechtskonservative und eine links-sozialistische. Der Liberalismus wird vollkommen von der konsernativen Partei aufgeflogen, und das Präsentat wendet sich der Sozialdemokratie zu. „Ist es nun möglich“, so fragt der Verfasser, „daß der Gegensatz zwischen diesen beiden allein übrig bleibenden Parteien schließlich durch eine brutale Praxis gelöst werde?“

Nötig gewiß nicht! Menschen sind ja doch eben dadurch keine Thiere, daß sie die Fähigkeit besitzen, ihre individuellen Triebe und Wünsche hören zu hören; unten unterzuordnen, sittliche Ideen — Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Nutzsförderung — hört sich zu lassen über den animalischen Instinkt, über den sähnlichen Angel des Bewußtseins, ungeheure Unrecht zu thun und Gehalt auszuhören zu tunen. Deutschland nennt sich das Land des Idealismus, sollte in Deutschland nicht eine Lösung des großen Konfliktes auf eine diesem Anhine angemessene Weise möglich sein? Nicht nur, der Künige könnten wird uns von der Natur als Ausgleich zweier polarer Gegenseite gesetzt — neben ihm sieht auch, als anderer schöner Ausgleich solcher Gegenseite, die Minnie. Vielleicht endet unser großer innerer Gegensatz schließlich auch mit einem allzuvielgehobenen Minnebunde — selbsterklärendlich bevor die Ekelhafte, träge Massen Untrech, welche noch im Wege liegen, durch Sturm und Regen der Weltgeschichte weggestülpt und weggeschmissen werden ist — der Liberalismus jeder Sichtung. Ist von dem erst einmal die Bahn freigeworden, so kommt vielleicht eine Ehe zustande, bei welcher der sozialdemokratische Gedanke als Bräutigam fungiert und die konsernative Macht als Braut.“

Ein wunderbares Idyll! Neben die Polterabendsherrchen des Liberalismus treten das edle Brautpaar dann lustig und heiterer hinweg. Das gnädige Fräulein konsernative Macht heiratet den Bürger Sozialdemokrat und die bürgerliche Gesellschaft löst sich in Gemüthslichkeit auf. Aus

* Wir eiterten nach der Auseinandersetzung über die Verhandlung des Reichstages der Berliner Volkstribüne.

dem edlen Minnebunde entstehen dann natürlich Klüber, mit den Muttermalen der Staatsmacht gründlich behaftet sind. Die ganze Kündlichkeit der Auffassung, welche unser Verfasser von den großen sozialen Gegensätzen und ihrer schrecklichen Lösung hat, wird nur durch die plumpen Machtausbüttungen derselben übertrroffen. Im Mutterhause der konsernativen Staatsgewalt wird die Gesellschaft der Zukunft bestraft. Hier ist wirklich die Idee des Staatssozialismus auf die Spize gerieben. In dem sinnigen Gleichtext des Minnebundes zwischen der konsernativen Staatsmacht und dem Sozialismus hat der Staatssozialismus elunrecht geschafft, plausiblen Ausdruck gefunden. Wer ihn bis dahin noch nicht aus tiefer Seele gehabt hat, der wird ihn jetzt lassen lernen. Nein, auf keine Verehelichung muß der Gewalt arbeitet der Sozialismus hin, sondern auf eine endliche Trennung und Scheidung von derselben. Die vollkommenen Staatslosigkeit, die Herrschaftslosigkeit ist das große Ziel des modernen Sozialismus.

Vom Kampf der Parteileitung gegen die Opposition.

Am Eröffnungsbabende des Parteitages zu Erfurt wurde den Delegierten durch eine Urkunde vom Lande eine 31 Seiten starke Broschüre überreicht:

„Die Entschuldigungen der Berliner Opposition.“ Für den Parteitag zusammengestellt nach den Berichten des Vorsitzenden vom Parteivorsitz.

Mit dem Kniff verhöhnt Staatsanwälte hatte man aus den Anklagen Angeklagte gemacht, die auf Beschlüsse des Parteivorsitzes wegen ihrer subjektiven Meinung gerichtet werden sollten. Wie der mit lebhafter Phantasie begabte politische Chronist des „Vorwärts“ seinen Lesern aus Erfurt mitteilte, sollte die oppositionellen Delegierten aus Anblick der Brochüre Heulen und Hähnelklopfern überkommen sein, Blöße hätte ihre Wangen überzogen, ihre Sonnen hätten bedenkliches Schlottern gezeigt — und das Alles sollte nicht etwa die Lorelei mit ihrem Singen, sondern ganz einsach der Parteivorsitz mit dem erwähnten Blölein zu Wege gebracht haben. Wie sind nun etwas besser über die Gefühle der Oppositions-Delegierten unrichtig und wissen, daß sie zuerst über die Verwendung von Parteimitteln für ein derartiges Werk erstaunt waren, und daß sie sich ferner eines Lächelns ob der Kengslichkeit des Parteivorsitzes nicht erwehren konnten. Mußte doch letzterer angenommen haben, die Provinz-Parteipresse und die Vertrauensleute draußen hätten noch nicht wirklich genug ihres Amtes gewalzt; mußte er doch die Anklageschrift noch für schriftig gehalten haben, um einzelne noch nicht ganz hieb- und stichfeste Delegierte über die Verworflichkeit der Opposition zu unterrichten. — Überflüssige Sorge. Wie nach der Aufzählung Repetto's sein Meister Den Juan in allen Ländern Verheerungen in den Herzen des schönen Geschlechts angerichtet hatte, so wollte vor dem Parteitag jede Stadt und jedes Städtchen sein Scherlein zum Kesseltreiben gegen die Opposition beigetragen haben. Die von Oberweiss und die von Güterloh, sie alle hatten blutreiche Revolutionen gegen die Opposition angenommen — Beschlüsse fallen ist bekanntlich eine der schwierigsten Verrichtungen in der Parteidichtigkeit — und wie der schon erwähnte Repetto die Bildung der Geliebten seines Herrn auf einer Karte an einander gereift hatte, so wurden in Erfurt durch eine etwa drei Meter lange Tolle den Delegierten ihre heimatlichen Revolutionen abdruckt in ihrem „Vorwärts“, vor Augen geführt. —

Aber blieben wir bei der Anklageschrift des Parteivorsitzes! Also, zitternd hätten die Objektivierer die Schrift öffnet, und was lasen sie?

Gleich auf der Anfangsseite wird das solomonische Schlußergebnis der Neuer-Kommission vom Hallenser Parteitag — die Neuer-Kommissionen vulgo Polterkammern — werden eine härdige Einrichtung sozialdemokratischer Parteitage werden zu wollen — in Sachen Werner abgedruckt. Beschäftigen wir uns jedoch einen Augenblick mit dieser Sinen-Kommission! Nach Mitteilung Werner's mußte er die geheiligten Räume, in denen diese Kommission tagte, verlassen, wenn die Belastungszeugen gegen ihr vernommen würden, ein Verfahren das, als es in ähnlicher Weise bei dem jüngsten Anarchistoprozeß in Rom beobachtet werden sollte, die Anwälte veranlaßte, die Vertheidigung niederzulegen. Und nach einer weiteren Zeiterung Werner's auf dem diesjährigen Parteitag hat einer dieser Belastungszeugen in Kreise von Genossen in Berlin nach dem Hallenser Parteitag zugestanden, er habe vor der Kommission gelogen, aber er habe im Interesse der Partei gelogen. Wir wollen nur noch hinzufügen, daß die Kommission die Frage: Ist Werner Geschäftsozialist? dahin beantwortete. Nein, Grillenberger ist kein Geschäftsozialist.

Der Schlussabsatz des Urteils der Neuer-Kommission lautete nun: Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammensetzung aller Punkte, die Überzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Taktweise seiner Handlungswise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwenden. Und nun fährt die Anklageschrift fort: Trotz dieses für Werner gegebenen Urtheilspruches, dem der von 400 Delegierten aus allen Gauen Deutschlands besuchte Parteitag mit an Einigkeitsgrenze Majorität beitrat, hat Werner sein parteidurchsetzendes Treiben nach kurzer Pause wieder aufgenommen und befindet sich derselbe jetzt wieder an der Spitze der Opposition und ist einer ihrer Führer. Die Sache hat nun den kleinen Haken, daß sie nicht ganz stimmt. Mag auch, was wir nicht wissen können, der Parteivorsitz

die Thätigkeit Werner's überhaupt für parteischädigend betrachten, die Genossen außerhalb der Parteileitung müssen wohl anderer Meinung darüber gewesen sein. Bald nach dem Parteitag wandten sie sich an ihn mit der Aufforderung, in ihren Versammlungen als Redner aufzutreten, und so nahm er denn sein „parteischädigendes Treiben“ wieder auf. Erklärte doch der Abgeordnete Liebknecht selbst in einer Versammlung des Wahlkreises, in dem Werner lange sitzen hatte, Werner müsse zugestanden werden, daß er ein jüngerer Agitator sei.

(Schluß folgt.)

Nach dem Parteitag.

Unwahrheiten — Lügen — Verleumdungen und Verdächtigungen — das sind die Schlagworte, mit denen die Parteihäuptlinge die Opposition glauben vernichten zu können. Auch der Versammlungsbericht über die Konstituierung des „Vereins der unabhängigen Sozialisten“ in Nr. 263 des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 10. November, wimmelt wieder von redaktionellen Unstimmigkeiten.

Weil man das Urteil des Revergerichtes in Erfurt mit den eigentlich ausschlaggebenden Gründen nicht zu rechtfertigen imstande ist, deshalb wird in allen Versammlungen sowohl, wie im Vorwärts, täglich behauptet — und die ganze Pressemeute brüllt es noch —: die Opposition war war nicht instande, auch nur den Schimmer eines Beweises für ihre Anschuldigungen zu erbringen, und wurde wegen verleumderischen Behauptungen ausgeschlossen. Was war denn nun zu beweisen? Dass man einen, der Parteileitung unangenehmen Genossen wegen 40-50 Mark Schulden öffentlich an den Pranger stelle, dagegen aber einem Reichstagsabgeordneten 3-5000 Mark gebe, um ihn vor dem Bankrott zu schützen, trotzdem man wieder anderen Reichstagsabgeordneten, die ebenfalls durch Zeitungsunternehmen vor dem Ruin standen, hartnäckig jeden Pfennig verweigerte — diese Behauptungen müssten zugegeben werden. Da, noch mehr! Durch die Jahresabrechnung der Parteileitung wurde festgestellt, dass nicht nur 3-5000, sondern 25 000 M. zu den verschiedensten Zwecken als Darlehen an die verschiedenen Genossen gegeben wurden. Nachdem dies durch die Parteileitung gar nicht bestritten wurde, und auch nicht bestritten werden konnte, war jeder nähtere Beweis der Opposition überflüssig geworden, und es kann jedem Genosse und folglich auch der Parteileitung gleichgültig sein, durch wen die Opposition schon vorher Kenntnis davon erhielt. Ebenso gleichgültig konnte es aber auch der Opposition in Erfurt sein, wer den Rest der Darlehen, 4500 M., erhielt, die nach Herrn Bebel's Ausführungen in kleineren Summen an mehrere Genossen geliehen wurden.

Ein Zweifel über den Verbleib dieser Ressumme — wie Herr Bebel jetzt behauptet — bestand bei uns in Erfurt nicht, und besteht auch heute nicht. Was sollten wir nun in den Kassenbüchern nachsehen? Sollten wir etwa den an die Delegierten vertheilten Kassenbericht mit den Büchern des Kassiers vergleichen?

Für so dumum müsste man uns doch nicht halten. Es ist doch nicht behauptet worden, dass nicht den Parteigeldern länderlich verfahren wird, sondern nur, dass man den Einem unvergehen lasse und öffentlich brandmarke, und den Andern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schüre, trotzdem beide gleichwertig sind und im Oeuvre ein und derselben Sache in ihrer Existenz zurückkommen.

Die fernere Behauptung, „dass“ der Fraktion den Arbeiterschutzgesetzentwurf vorher nicht zu Gesicht bekommen und auch verschiedenes nicht unterschrieben hätten, wenn es vorher bestimmt worden wäre, ist auch als Thatsache richtig gestellt worden, dass es heißen müsse, „die Mehrheit der Fraktion“ sei nicht in der Lage gewesen, den Entwurf zu diskutieren.“

Auch diese Behauptung wird durch die Thatjage bewiesen, dass der Entwurf am 7. Mai dem Präsidium des Reichstages eingereicht wurde, also in der ersten Sitzung des neu gewählten Reichstages, ohne dass vorher eingehend darüber debattiert werden konnte. An diesem Tage waren die Abgeordneten noch lange nicht vollzählig am Platze. Es ist auch nicht stichhaltig, wenn gesagt wird, dass der Entwurf nur unwesentlich von dem 1883 eingebrachten abweiche. Jeder Ein geweihte wird das zugeben. Wie notwendig aber gerade eine gründliche Diskussion dieses Entwurfs gewesen wäre, beweist wiederum die Thatsache, dass nicht nur die Opposition, sondern fast alle Berliner Genossen, die in den Versammlungen auftreten und treten zur Parteileitung und Fraktion stehen, erklärt haben, dass sie mit diesem Entwurf nicht einverstanden seien. —

An diese gelegentlichen Neuerungen klammern sich die Herren Parteiführer beständig an, um daraus den Charakter der Opposition darzuthun, und es finden sich auch immer noch Gläubige, die darauf hinzuinfesseln.

Nein, die oppositionellen Genossen wurden ausgeschlossen, weil sie in tatsächlichen Fragen anderer Meinung waren, weil sie gegen die in der Sozialdemokratischen Partei herrschende militärische Disziplin versiehen, weil sie das vielversprochene Flugblatt ohne die Genehmigung des Parteivorstandes herausgaben, wie ja der nachträgliche Ausschluss von Baginski und Lamprecht selbst den Strengaläufigsten beweisen muss. Gerade dieser letztere Ausschluss muss auch dem Dünkinstein beweisen, dass es nur Meinungsdifferenzen waren, die den Krieg in der Partei und das schändliche Urteil des Parteitages herbeiführten.

In dem Flugblatt selbst waren aber nur zwei ins Gewicht fallende „Anschuldigungen“ enthalten, die ebenfalls durch eine Reihe von Thatsachen durch die Opposition bewiesen wurden. Erstens, dass infolge des zentralistischen Charakters der Partei die Diktatur dominire, und zweitens,

dass die ehemals sozialrevolutionäre, proletarische Partei zur kleinbürgerlichen Reformpartei herabgesunken wäre. Der Bebel's für diese beiden Behauptungen wurde aber auf dem Kongress sehr leicht und wird in den nächsten Nummern des „Sozialist“ noch ausführlicher dargelegt werden.

Für heute sei nur einer Neuheit des Herrn Liebknecht Erwähnung gethan, die dieselbe nach dem Kongress im 3. Berliner Wahlkreis in Dr. Auerbach's Saloon ansprach. Nachdem auch dort der Arbeiterschutzgesetzentwurf mit seiner frustreichen Einführung des zehn, neun und achtundzwanzig Arbeitsstages bewundert wurde, antwortete sich Herr Liebknecht folgendermaßen:

„Ja — wenn wir es bloß mit der Großindustrie, mit den Herren Stumm und Baare zu thun hätten — denen gegenüber könnten wir den achtundzwanzig Arbeitsstag auch wohl jetzt schon durchsetzen. Aber was würde dann aus der großen Menge der Kleinbetriebe werden? Sie würden zu Grunde gehen und da Menschen würden noch größer werden. Raum einten wir es nicht ihnen, sondern ihnen allmählig vorgeben.“ Da das nun revolutionär im Sinne der sozialdemokratischen Partei, oder ist das kleinbürgerlich-reformistisch im weitesten Sinne des Wortes, Herr Liebknecht?

Depesche oder Postkarte.

ein Verstößspiel für artige sozialdemokratische Kinder.

In der konstituierenden Versammlung des „Vereins unabhängiger Sozialisten“ war von Auerbach in seinem Bericht beständig mitgetheilt worden, dass nicht allein die Opposition sie die Empfindung gehabt hatten, Auer habe in seinem Aufstreiten gegen die Opposition prächtige Anlagen zur Staatsanwaltschaft gezeigt, sondern dass auch der Fraktions- und Parteivorsitzende Auerbach, Herr Bebel, diese Anschaunung in einer Karte an seinen Freunden Engels in London niedergelegt habe. Diese Karte sei von Bebel aus Erfurt abgetanzt. — Ein Reporter musste sich nun de hört haben und batte aus der „Karte“ eine „Depesche“ gemacht, und so war die Sache mit der Engels-Depesche in die bürgerlichen Blätter gelommen.

Was thut nun Hugo Herr August Bebel? Er setzt sich hin und erlässt im „Vorwärts“ nachstehende Berichtigung:

„Es ist unwahr, dass ich an Engels eine Depesche mit dem von Herrn Auerbach erwähnten Inhalt schickte. Engels hat von mir keine Depesche über den Parteitag erhalten.“

Dommerwetter, müssen danach die Leser des lieben „Vorwärts“ denken, dieser Auerbach scheint ja ein komplettschlechter Kerl zu sein. Wie kommen wir uns nur Jahrelang so in dem Menschen läuschen; bisher hat er doch einen ganz guten Eindruck auf uns gemacht. Doch unser Organ muss es ja wissen, und das schreit doch, bezüglichend auf die Erklärung Bebel's:

„Zur Wiedergabe dieser Angaben Auerbach's verweisen wir auf die untenstehende Erklärung Bebel's. Also mit aus den Fingern gesogenen Lügen will ersterer die „Arbeiter zu freien, vornehmen Männern erziehen“. Ob sich Arbeiter findet werden, die sich dieser Erziehungsmethode zu unterziehen geneigt sind? —“

Auerbach handle nun an den „Vorwärts“ und ziehre bürgerliche Blätter eine Erklärung, dass Bebel ein Wort, das er, Auerbach, zum Uebelkuss gar nicht gebraucht hatte, berüttige; dass er von einer Karte gesprochen habe und dass er an der Erstens dieser Karte nach wie vor, trotz Bebel's Erklärungen, seitsatte. — Den „Vorwärts“ forderte Auerbach noch auf, numehr gesetzthüllen, dass die Behauptung von „den aus den Fingern gesogenen Lügen“ danach gegenstandslos geworden sei. — Da glauben, dass der „Vorwärts“, letztere Mittheilung bringen würde, ist allerdings eine Notizität Auerbach's, die er nun abgewöhnen muss. Aber Herr Bebel müsste nun reden, und der „Vorwärts“ übermittelte am nächsten Morgen Bebel's Auguren spruch durch folgende Notiz:

„Auf Auerbachs Karte und Bebel, dass er zwar von Erfurt eine Zahl Postkarten an Engels gesandt, sich aber nicht erinnern könnte, einen Satz, wie ihn der Herr Auerbach ihm unterstellt, gebraucht zu haben. Sodoch sonst er auch nicht bestwören, in seinen Bemerkungen zum Verteil der Auerbach'schen Rede eine Redewendung nicht gebraucht zu haben, die dem Sinn nach der Auffassung des Herrn Auerbach entspreche.“

Herr, dinstel ist der Kdo Sinn, überhaupt für einfache Arbeiter, die nicht in die Geheimnisse der verdeckten Sklaven Bebel's eingeweiht sind. In unser gesiechtes Deutsch übertragen, sagt Herr Bebel, Knaat, dass er sich nicht entsinnen könne, eine Neuherung, wie sie ihm Auerbach „unterstellt“, gebraucht zu haben. Dann aber kann er es auch nicht abdrücken, die Bemerkung doch schriftlich geben zu haben, und drittens sollte dann die Bemerkung nur ein Vorbau Auerbachs sein. Warum, Herr Bebel, dann die Enträumung über die Depesche am ersten Tage? Ob die Bemerkung durch den Telegraphen, die Kartenpost oder vermittelst eines Briefes befördert war, war doch ziemlich gleichgültig, und Sie wollen doch gewiss kein Wortklauer sein, Herr Bebel? Nur das Eine imponiert uns an der Erklärung Bebel's: Er will durch seine Bemerkung Auer geblot haben, wir glauben, Herr Bebel ist der Erste, der den Grundsatz innerhalb der sozialdemokratischen Partei aufstellt, dass, wenn ein Genosse gegen einen andern Genossen in staatsanwaltscher Weise operirt, der erstere ein lobenswerthes Werk gethan hat. Im Interesse der sozialdemokratischen Partei wollen wir hoffen, dass Herr Bebel mit dieser Ansicht nicht allein der Erste, sondern auch der

Letzte bleiben wird. — An dieser kleinen Episode — denn mehr ist sie tatsächlich nicht — erkennt man jedoch, dass Offenheit nicht nur im Allgemeinen eine gute Eigenschaft ist, sondern im Besonderen für die Postkarten sozialdemokratischer Parteihäuptlinge.

Für die sozialdemokratischen Kleinen könnte eventuell unter Mitwirkung bewährter Humoristen aus dieser Affaire ein artiges Frage- und Antwortspiel gemacht werden, das etwa so beginnen dürfte:

Auerbach: Bebel, haben Sie Engels aus Erfurt mitgebracht? Auerbach: Nein, wie werde ich denn! Ich habe überhaupt keine Depesche an Engels gesandt.

Auerbach: Aber die Karte?

Der Verein unabhängiger Sozialisten zu Berlin

konstituierte sich am letzten Sonntag in Joel's Saloon. Der geräumige Saal war schon gegen 10 Uhr von 700-800 Männern besetzt, denen das zwei Stunden lange Warten auch nicht im Geringsten die Hoffnungstrüdigkeit Stimmung rauben konnte. Und von dieser Stimmung, von dem Willen zu opferbereiter Arbeit zeugte der ganze Verlauf der Sitzung.

Mit der Leitung der Versammlung wurde die Sieben-Kommision betraut. Namens der Kommission erschien Auerbach den Bericht. Zielformuliert auf die letzten Verhandlungen des Parteitages, die im Kreise der Opposition noch nicht besprochen werden konnten, wies er die Ausrede der leitenden Kreise der Sozialdemokratie durch die Verschiebung der Verhandlungen in Erfurt seltens der Opposition sei keine Zeit für Plenum-Berathung des Programms gewesen entschieden zurück; auf die Behandlung dieser wichtigsten Aufgabe des Parteitages passe vollauf die Bezeichnung eines bürgerlichen Blattes: Die Delegirten hätten das Programm im Sturm angenommen, den Hut auf dem Kopfe, den Koffer in der Hand. — Den Beschluss der Neuen-Kommision und die Auktionsleitung desselben durch den Kongress, den Ausdruck zweier Genossen betreffend, die auf dem Boden des Programms standen, hält Redner für eine dauernde Schmach in der Geschichte der proletarischen Bewegung. Im Uebrigen hätte auch eine größere Zahl von Delegirten gegen den Antrag der Neuen-Kommision gestimmt, als der „Vorwärts“ angegeben. Dass die Partei im Parlament häufig sich zu kleinbürgerlichen Koncessiionen verleiten lässt, dass sie nicht mehr scharf den revolutionären Charakter erkennen lasse, habe die Opposition in Erfurt bewiesen. Nicht das Wohlwollen, nicht das Höngelächter der bürgerlichen Parteien dürfte bestimmd für die Thätigkeit einer sozialrevolutionären Partei werden; worauf sie zu bilden habe, sei einzig das Krieg des arbeitenden Volkes.

In den Ausgaben des neuen Vereins übergehend, betont der Redner, dass mit dem Schmeideln der Massen gebrochen werden müsse, das die Erziehung der Massen die Hauptaufgabe sei. Auch darf den Massen nicht, wie bisher, eingeredet werden, es seien Männer der Wissenschaft, dadurch werde ein gefährliches Halbwissen erzeugt, das nur Verwirrung anrichte. Das Proletariat sei bei den heutigen elenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht im Stande, sich in den Besitz wissenschaftlicher Bildung zu setzen; was es könnte, sei: Die Verhältnisse da hin zu ändern, das Alten Bildung zu Theil werden. Man schmeide den Massen an, um sie desto besser bewirken zu können. Ein Personenkultus sei in den Reihen der Arbeiterschaft eingerissen, der denjenigen der Bourgeoisie mit ihren Göttern weit übersiegt. Mit solchen Elementen, die nicht selständig denken, die nur nach dem Willen eines Hauptlings schreien, kann jedoch noch Ansicht des Redners nicht die soziale Umwälzung herbeigeführt werden; dazu bedürfe es zielbewusster, freier, vornehmer Männer. Wer sich der wissenschaftlichen Ausbildung der Massen, der sozialen Befreiung des Proletariats widmen wolle, der sei willkommen im „Verein unabhängiger Sozialisten“.

Redner verliest darauf den Statuten-Entwurf für den neuen Verein, dessen Zwei durch § 1 dargelegt wird:

Der Verein beweist die geistige und wissenschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen nach Straßen zu fördern, insbesondere die sozialistischen Einschätzungen in schriftlicher und orale Form einer die Massen zu tragen und jede erzwungene Centralisierung, welche die freie, selbstständige Bewegung hemmt, zu bekämpfen.

In der kurzen Debatte wird der „Vorwärts“ und die Barteileitung von mehreren Rednern schärf kritisiert; Bildberger zitiert als Stimme aus dem Ausland die „Question sociale“ (Soziale Frage), die sich in harter Weise gegen die Barteileitung und den Parteitag wendet. Bei einer technischen Diskussion wurde zu Gunsten der Statuten-Berathung abgestimmt. Dieser Abstimmung ergab: Vorsitzende: Maler Bühl und Schriftführer Ernst; Schriftführer: Schuhmacher Hermann Krause und Zigarettenarbeiter Hermann; Kassier: Schneider Troll und Sattler Ahmann; Beisitzer: Ristoranteur August Günther. Die Wahl zweier Revisorien wird bis zur nächsten Versammlung verschoben, ebenso die Erledigung der noch eingegangenen Anträge. Die Versammlung bewies die rege Anteilnahme der Mitglieder an allen Verhandlungen; Frauen fanden wegen des Vereinsgegesetzes leider nicht Zutritt. Kurz nach 2 Uhr schloss der Vorsitzende die Berathungen mit einem Hoch auf die Idee des revolutionären Sozialismus, in das die Versammlung hörzend einstimmt. Beim Verlassen des Saales kam auch der Humor zu seinem Recht: verschleiert wurde der Wunsch geäußert, an Auer zu telegraphiren, er möchte mit der Droschke kommen, in der er vor dem Parteitag die Opposition nach Hause fahren wollte. Die Droschken sind veraltet; es müssen schon die Eisenbahnen genommen werden, es geht eben überall: Vorwärts!

